

wie Arthur Branner arbeiten in Berlin. Etwa 60 Juden sind aktiv im Textil- und Lebensmittelhandel.

In Berlin sind 30% Juden produktiv tätig; 150 sind angestellt. Der Rest ist im Textilhandel, Juweliergeschäft usw. tätig. Berlin hat erfreulicherweise viele jüdische Handwerker. Bremen hat neben Carl Katz noch drei bis vier bedeutende Kaufleute.

(In „Aufbau“ XXII. [New York, 31. 8. 56] 35. S. 25 ff.)

7/13) Der arabisch-israelische Konflikt

Der Präsident des jüdischen Weltkongresses und der internationalen Zionisten-Organisation, Dr. Nahum Goldmann, erklärte vor Auslandskorrespondenten in Paris, eine arabisch-israelische Nahost-Föderation, in der die Araber ihre Furcht vor den Juden verlieren könnten, sei durchaus denkbar.

Goldmann betonte, daß Israel auf die Dauer nicht als isolierte Festung im arabischen Land leben könne. Andererseits werde die zivilisierte Welt zehn Jahre nach Hitler nicht fähig sein, Israel fallen zu lassen und damit der Vernichtung preiszugeben. Das Problem der arabischen Palästina-Flüchtlinge sei überaus schwierig, weil es einen echten moralischen Konflikt darstelle zwischen der tausendjährigen Forderung des jüdischen Volkes auf ein eigenes Vaterland und dem Recht der Araber auf ihre eigene Scholle. Bei gutem Willen der Verhandlungspartner lasse sich jedoch in Anbetracht der unterbevölkerten Gebiete, zum Beispiel in Jordanien, selbst für dieses Problem eine Lösung finden.

(Aus: „Aufbau“ XII. [New York 22. 6. 56] 25. S. 15.)

Beherrschende Stellung der „Flüchtlinge“ in Jordanien

Die in Lahore erscheinende Tageszeitung „Pakistan Times“, die gewiß nicht pro-israelischer Sympathien verdächtig ist, berichtete kürzlich mit bemerkenswerter Offenheit darüber, daß die arabischen Flüchtlinge in keinem anderen Lande einen solchen Einfluß ausüben wie in Jordanien.

Ihr Reporter, der Jordanien bereist hatte, war überaus erstaunt, wenig von dem Bilde vorzufinden, das im allgemeinen von den arabischen Propagandisten über die Lage der arabischen Flüchtlinge entworfen wird. „Das erste, was dem Besucher in Jordanien auffällt“, schreibt der Reporter der „Pakistan Times“, „ist die Tatsache, daß der Ausdruck ‚Flüchtling‘ irreführend ist. Dieser erinnert an die Erscheinung von Hirten, in Lumpen gekleidet, die auf dem öden Boden in Zelten im Tale des Toten Meeres kauern. Aber von den 500 000 Flüchtlingen in Jordanien leben annähernd 130 000 in Zelten. Die übrigen haben Wohnungen und Berufe in den Städten, wurden erfolgreiche Geschäftsleute und haben neue Positionen in der Politik und in der Presse gefunden.“

In der Tat haben die Flüchtlinge aus Palästina, mit ihrer guten Erziehung unter dem britischen Mandat, ihrem Mittelmeer-Handelsinstinkt und ihrer überlegenen Geschicklichkeit die Führung in einigen der Städte übernommen. Von den 600 gutsituierten Mitgliedern der Handelskammer in Amman z. B. sind 400 „Flüchtlinge“. Die Mehrheit der Zeitungs-

herausgeber, Journalisten, Lehrer, ein großer Teil der Staatsbeamten, Hotelbesitzer, Leiter des Verkehrswesens, Bankbeamten und Kaufleute sind „Flüchtlinge“. Vor dem Zustrom der Flüchtlinge hatte Amman 40 000 Bewohner, heute über 200 000.

Diese Flüchtlinge sprechen ein ausgezeichnetes Englisch und die Besucher Ammans haben in der ersten Woche ihres Aufenthaltes in Amman überhaupt nur Kontakt mit diesen „Flüchtlingen“. Vier Mitglieder der Regierung sind „Flüchtlinge“. Bei dem gegenwärtigen Tempo der Entwicklung werden die willensstarken Flüchtlinge bald das ganze politische Leben beherrschen.“

Dieser Moment scheint sich mit Riesenschritten zu nähern: die Wahlen bieten allenfalls den Flüchtlingskreisen, die unter dem bestimmten Einfluß des ehemaligen Mufti von Jerusalem stehen, und die in letzter Zeit immer mehr und mehr in den Bannkreis des expansionslustigen ägyptischen Diktators Nasser gerieten, die große Chance, die gesamte Macht in Jordanien an sich zu reißen.

Die Augen der arabischen Herrscher sind darum zur Zeit mehr nach Jordanien, als nach Israel gerichtet. Ihre Warnungen vor israelischen Truppenkonzentrationen erinnern nur zu sehr an den bekannten „Haltet den Dieb“-Ruf.

Aus: Das Marchen von Amman Flüchtlinge erobern Jordanien, von Hans Weissberger. In: „Aufbau“ XXII/29 (New York, 20. 7. 1956) S. 2.

7/14) Christliche Pilger in Jordanien — und in Israel

Die vatikanische Nachrichtenagentur „Fides“ vom 1. 9. 1956 bringt die folgende Mitteilung aus Jerusalem.

Die „Herder-Korrespondenz“ (XI/1) vom Oktober 1956 zitiert diese Mitteilung und ordnet sie ein, auf Seite 41, in einen Beitrag: „Die christliche Mission zwischen Arabismus und Islam“.

In den mohammedanischen Ländern — besonders in Jordanien — werden die Pilger, vor allem die, die aus dem Westen kommen, schmerzlich von der Feindseligkeit der Mohammedaner berührt. Dieses ist das Resultat einer sehr aktiven Kampagne Ägyptens, die sich russischer Unterstützung erfreut.

Wenn sich die Pilger in dem arabischen Teil Jerusalems oder Bethlehems frei bewegen können, sind sie jedoch an anderen Orten Opfer ausgesprochenen Hasses seitens der Bevölkerung. Mehrere Pilger mußten von der arabischen Polizei auf ihren Ausflügen begleitet werden — eine Vorsichtsmaßregel, die in der Stadt Hebron unerlässlich geworden ist. Der religiöse Fanatismus, der sich der Mohammedaner bemächtigt hat, beunruhigt selbst die christlichen Araber, die aus jahrhundertalter Erfahrung wissen, daß ihr Leben in Gefahr ist. Nicht minder besorgt sind die Leiter der christlichen Schulen im Zusammenhang mit einigen Gesetzentwürfen der mohammedanischen Regierungen, die sie zwingen werden, ihre Schulen zu schließen.

Die Pilger, die sich von den mohammedanischen Staaten aus nach Israel begeben, sind erstaunt über den Grad der Zivildisziplin und des Sicherheitsgefühls, das sich spürbar macht, sobald die Grenze überschritten ist. Ihre Nerven entspannen sich und sie geben ihren Empfindungen offen Ausdruck.

8. Kleine Nachrichten

8/1) Ein Dementi

Aus Jerusalem schreibt uns Prof. Dr. Hugo Bergmann vom 2. 9. 1956: „Ich benütze die Gelegenheit, um Ihnen zu melden: In der letzten Zeit waren Gerüchte verbreitet, daß sieben Familien aus Beer Schewa sich katholisch taufen ließen und sich dadurch die Einreise nach Brasilien sicherten. Das Gerücht fand seinen Weg in die Presse. Daraufhin hat Msgr. Uergani, der Apostolische Delegat, am 31. August 1956

in der Presse [der Jerusalem Post, d. i. die in englischer Sprache erscheinende Tageszeitung] erklären lassen, daß die Gerüchte gar keine Tatsachengrundlagen haben. Die katholische Kirche verlange im Gegenteil von denen, die sich ihr anschließen, daß sie in Israel bleiben. Msgr. Vergani hat die Einsetzung einer Untersuchungskommission beantragt. Es ist gut“, so schreibt Prof. Bergmann, „daß Msgr. Vergani eine so eindeutige Erklärung abgab.“

8/2) Religionsfreiheit in Israel

Der Redakteur der katholischen Zeitschrift ‚Criterio‘ in Buenos Aires, Monsignor *Gustav Francheschi*, erklärte in einer Sendung des Jerusalemer Rundfunks ‚Kol Israel‘ am 10. Juni 1956, „es herrsche völlige Religionsfreiheit in Israel. ... Ich bin fest davon überzeugt, daß Christen und Juden in völliger Einheit zusammenleben können. Es ist unsere Aufgabe, den Weg zur Bruderschaft zu finden, da wir doch alle Kinder eines einzigen Gottes sind“ ... Msgr. Francheschi, der zum zweiten Male in Israel weilte, besuchte diesmal eine große Anzahl kollektiver Siedlungen und die heiligen Stätten der Christenheit in Jerusalem, Nazareth, Kaper-naum und Berg Tabor. Er hielt einen Vortrag im Israel-Iberoamerikanischen Institut für kulturelle Beziehungen und wurde vom Staatspräsidenten und dem Außenminister empfangen (vgl. o. S. 31 ff.).

Msgr. Francheschi begab sich am 12. Juni von Israel nach Rom, wo er vom Papst empfangen wurde.

(Aus: Maccabi, 15. [Basel, 27. 7. 1956.] 30)

8/3) Vom Frankfurter Evangelischen Kirchentag

Generalsuperintendent D. Jacob (Cotbus) sagte, die Feindschaft der ganzen Menschheit gegen Gott sei in der Kreuzigung Christi zum Ausdruck gekommen. Auch „in unserer Mitte“ sei der offene Aufruhr gegen den Herrn deutlich geworden, „als er in der Gestalt armer wehrloser Menschen mit dem Davidstern geschmäht, verhaftet und abtransportiert wurde in die Lager des Todes.“

(In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 187 [13. August 1956].)

... Wir folgen den Darlegungen von Pfarrer *Lüthi* aus Bern. Er schart als der beliebteste Prediger des Kirchentages jedes Jahr den größten Zuhörerkreis um sich in der allergrößten zur Verfügung stehenden Halle ... Es traf wie ein Peitschenschlag und grimmiger als irgend ein Bußruf, als er bemerkte, in der gleichen Halle hätten zu Hitlers Zeit die Frankfurter Juden zusammengepfert auf den Abtransport in die Todeslager gewartet.

(In: Basler Nachrichten Nr. 348 [17. August 1956].)

8/4) Ritualmordspiele in Rinn verboten

In unserem Bulletin vom Mai wiesen wir auf die Legende hin, die auf eine Ermordung eines Kindes in einem kleinen Dorf von Tirol zurückgeht [vgl. Rundbrief Nr. 29/32, S. 49]. Eine jährliche Wallfahrt wurde 1954 auf fünf Jahre verboten. Domherr Renard, der Dekan der theologischen Fakultät von Lille, versucht mit Hilfe der Bischöfe zu erreichen, daß dieses Verbot endgültig sein soll.

(Übersetzt aus: Bulletin Amitiés Judéo-Chrétiennes, Section de Lille, Juli 1956, p. 1.)

8/5) Gegen Neonazismus und Antisemitismus

Auf einer Tagung des Deutschen PFN-Clubs in Badenweiler wurde u. a. auch eine Resolution gegen den Neo-Nazismus angenommen, die folgenden Wortlaut hatte

„In Sorge um die Freiheit und Unantastbarkeit des Geistes lenkt das Deutsche Pen-Zentrum der Bundesrepublik die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Bundestages sowie der Länderregierungen und der Länderparlamente auf die staatsgefährdende Tätigkeit einiger Verleger und eines Teiles der Publizistik. Unbelehrbare Elemente, nachweislich radikal nazistischer Vergangenheit, suchen durch die Verherrlichung der ehemaligen Naziführer die im Nazi-reich begangenen Kapitalverbrechen zu beschönigen und dadurch der Jugend ein gefälschtes Geschichtsbild zu vermitteln, wodurch sie moralisch gefährdet wird. Das Pen-Zen-

trum erwartet von Bundesregierung und Bundestag wirksame Maßnahmen, die eine weitere Unterhöhlung unserer jungen Demokratie und einen Mißbrauch der im Grundgesetz garantierten Geistesfreiheit verhindern. Das Pen-Zentrum hofft, daß auch der Sortimentsbuchhandel jede Vermittlung oder Auslieferung neonazistischer Literatur ablehnen werde, und wendet sich gleichzeitig an Presse und Rundfunk mit der Bitte, jeden Versuch neonazistischer Demagogie und Geschichtsfälschung scharf zu bekämpfen.“

8/6) Bundesinnenminister gegen antisemitischen Verlag

Auf Weisung von Bundesminister Dr. Gerhard Schröder hat das Bundeskriminalamt in der vergangenen Woche 9 000 Exemplare der vom *Widar-Verlag* in Oberbayern herausgegebenen Broschüre von Eustace Mullins „Die Bankiersverschwörung von Jekyl Island“ sichergestellt. Wie das Bundesinnenministerium mitteilte, hat das Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen die Beschlagnahme der sichergestellten Druckschriften angeordnet.

Das Bundeskriminalamt war bereits vor einigen Tagen vom Bundesinnenminister mit der Strafverfolgung gegen den Inhaber des Verlages, Guido Roeder, wegen Verbreitung antisemitischer Flugblätter beauftragt worden. Der Bundesinnenminister erklärte in Bonn, er hoffe nach Aufklärung der Hintergründe den Widar-Verlag mit Stumpf und Stiel ausheben zu können. (dpa-AjW.)

Staatsgefährdende Schriften. Gegen den Schriftsteller Friedrich Lenz in Heidelberg, den Verfasser des antisemitischen Buches „Adolf Hitler — sein Kampf gegen die Minusseele“, hat der Oberbundesanwalt in Karlsruhe die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragt. Die Anklage soll wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften erhoben werden. Lenz hat sich schon wiederholt durch Beschimpfungen der demokratischen Staatsform, der Opfer des 20. Juli und durch Verherrlichungen des Nationalsozialismus hervorgetan. Seine Bücher erschienen zum Teil unter einem Pseudonym in einem nationalsozialistischen Exilverlag in Argentinien und wurden von ihm selbst in der Bundesrepublik vertrieben.

(Aus: Allgemeine Wochenzeitung XI. [Düsseldorf, 10. 8. 56] 19.)

8/7) Taktlos

Zu einer Tagung der internationalen Anwaltsunion wurde unter den 28 angeschlossenen Nationalverbänden auch der deutsche aufgefordert, eine Delegation nach Paris zu entsenden. Er schickte auch eine hin, zu der der Leiter des einstigen „Judenreferats“ während der deutschen Besetzung gehörte. Was eintreffen mußte, traf ein: Eine Pariser Anwältin, Madame Paulette Wolff, erkannte den deutschen Anwalt wieder, der sein Maß von Schuld daran mitträgt, daß ihr Mann von den Nazis deportiert und später umgebracht wurde. Es gab einen für alle Beteiligten unangenehmen Zwischenfall, in dessen Verlauf der deutsche Anwalt sich bereit erklärte, die Tagung zu verlassen.

Dieser peinliche Auftritt wäre sehr leicht vermeidbar gewesen, wenn die deutschen Anwälte bei der Zusammenstellung ihrer Delegation etwas mehr Takt und Überlegung an den Tag gelegt hätten. Da man Überlegung bei Rechtsanwälten als selbstverständlich voraussetzen muß, kann es also nur am Takt gelegen haben, der freilich kaum erlernbar ist. Daß ein Mann als Vertreter eines demokratischen Deutschland in ein Land geschickt wird, in dem er einst Nazi-Deutschland in prominenter Position repräsentiert hatte, ist blamabel. Daß man ihn auch noch ausgerechnet in die Stadt seines eigenen ungelogen Wirkens delegierte, ist vollends unverstündlich.

(Aus: Frankfurter Rundschau 12/169 vom 23. 7. 56.)

8/8) Professur für „Geschichte des deutschen Judentums“ in Berlin

Adolf Leschnitzer, Professor am City College in New York, ist zum Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin für das Fach „Geschichte des deutschen Judentums“ ernannt worden. Leschnitzer ist der Autor des Buches „Saul und David; die Problematik der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft“ (vgl. unten S. 64).

(In: Israelitisches Wochenblatt 55 [Zürich, 11. 11. 55] 46. S. 14.)

8/9) Gespräch mit israelischen Studenten.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Nr. 174 vom 28. 7. 1956) berichtet aus Tübingen

In Auingen auf der Schwäbischen Alb hat ein internationales Studententreffen stattgefunden, zu dem der Veranstalter, der Bund Demokratischer Studentenvereinigungen, neben Franzosen und Engländern auch israelische Studierende eingeladen hatte. Es war das erste Mal, daß deutsche und israelische Studenten auf deutschem Boden offiziell zusammenkamen. Das Thema der Tagung: „Die kleinen Staaten in der großen Politik“ bot den deutschen und den ausländischen Teilnehmern die Gelegenheit, die Auffassung junger israelischer Bürger zu den Konflikten unserer Zeit und die innen- und außenpolitische Lage Israels kennenzulernen.

Das Thema der Tagung trat freilich in Diskussionen und Gesprächen zurück gegenüber dem als wesentlicher empfundenen Problem der deutsch-jüdischen Beziehungen. Die israelischen Studenten, die zur Zeit an verschiedenen westeuropäischen Universitäten studieren, zeigten ihren deutschen Kommilitonen gegenüber eine Verständigungsbereitschaft, die durch keinen Haß belastet war und alle tief beeindruckte. Dankbar war man den Israelis vor allem dafür, daß sie auf eine Klärung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme mehr Wert legten als auf eine Abrechnung mit der Vergangenheit. Mit Offenheit und Aufrichtigkeit besprach man gemeinsam die vielfältigen Aspekte der jüdischen und der deutsch-jüdischen Situation: die Frage der Assimilation, den deutschen und den europäischen Antisemitismus, die Bildung eines selbständigen Staates jüdischer Nation im Nahen Osten und die sich daraus ergebende neue Lage des Judentums.

8/10) Martin Buber in Freiburg

Am vergangenen Samstag konnte auf Einladung der um die christlich-jüdische Verständigung bemühten Herausgeber des „Freiburger Rundbriefes“ ein Freundeskreis ein abendliches Gespräch mit dem jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber führen, der durch Vermittlung von Dr. Gertiud Luckner, die erst kürzlich von einem längeren Aufenthalt in Palästina zurückgekehrt ist, zu einem Besuch nach Freiburg gekommen war. Der ehrwürdige Weise aus Israel, der Träger des Haneschen Goethepreises und des Friedenspreises der deutschen Buchhändler, der früher an der Frankfurter Universität lehrte und jetzt an der Universität Jerusalem wirkt, beantwortete aktuelle und grundsätzliche Fragen über das Verhältnis von Christen und Juden zueinander, über die Situation des Staates Israel und sprach über den religiösen Auftrag des jüdischen Volkes und der Christenheit. Der achtundsiebzigjährige Martin Buber, der wie eine prophetische Gestalt wirkt, setzt seine Hoffnung auf eine Erfüllung der wahren Sendung Israels in der Zukunft, nach dem Maße des „Tempos Gottes“, das nicht mit dem Tempo des vordergründigen geschichtlichen Geschehens gleichzusetzen sei. Aus allen Darlegungen sprach die große Güte eines Menschen, dem die Verwirklichung der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt das tiefste Anliegen ist.

(In: Badische Zeitung, Nr. 146. [Freiburg i. Br. 27. 6. 1956].)

8/11) Père Paul als Seemann auf einem israelischen Schiff

Das Israelitische Wochenblatt (56/27 vom 6. 7. 1956) berichtet auf Seite 29.

Père Paul gehört zu jenen französischen Geistlichen, die unter ihren proletarischen Gemeinden in Slumvierteln leben und die Lebensbedingungen ihrer Schützlinge teilen. Dennoch war es für ihn etwas Ungewöhnliches, seine Überfahrt nach Israel und seine Rückfahrt auf einem Schiff abzuarbeiten, weil er in Israel zwei Filme drehen wollte, einen religiösen über die Heiligen Stätten, mit einer Laufzeit von 1 Stunde 15 Minuten, einen weiteren über die Kibbuzim und israelische Dörfer („Die Wüste wird blühen“).

8/12) Zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen

Im „Israel-Informations-Dienst“ (4/48/10) vom 5. 9. 56 schreibt der derzeitige Leiter der Delegation des Staates Israel in Köln, Dr. F. E. Shinnar:

Am 10. September 1956 jährt sich zum vierten Male der Tag, an dem das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Staate Israel in Luxemburg durch Bundeskanzler Dr. Adenauer und durch den damaligen Außenminister des Staates Israel, Moshe Sharett, unterzeichnet wurde.

Die bisherige Durchführung entspricht — in Geist und Inhalt — den Erwartungen, die in Israel und in Deutschland, aber auch in der gesamten Weltöffentlichkeit mit diesem denkwürdigen Abkommen verknüpft wurden. Die freiwillige Bereitschaft der Bundesrepublik, den materiellen Schaden gutzumachen, den ein Geschehen anrichtete, das an Umfang und Schrecklichkeit nicht seinesgleichen in der Menschheitsgeschichte hat, bestätigte sich in den abgelaufenen vier Jahren als der Ausdruck einer Entschlossenheit, Recht und Gerechtigkeit — im Gegensatz zu Macht und Willkür — zu dem obersten Grundsatz der Staatsführung zu machen.

Auch der Prozeß einer allmählichen Normalisierung der Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel, der von Behutsamkeit und Sorgfalt gekennzeichnet war, verlief bisher in den von Vernunft und Verantwortung vorgeschriebenen Bahnen.

Für das jüdische Volk bleibt das Abkommen vom 10. September 1952 Mahnmal gegenüber dem tragischsten Abschnitt seiner ereignisreichen Geschichte. — Israel legt es die Verpflichtung auf, für alle, die aus Recht und nicht aus Duldung eigenen Boden unter den Füßen haben wollen, den Staat zu festigen und ihn zur Basis eines friedvollen Daseins zu machen. Daß der Beitrag, den das Abkommen für das friedvolle Aufbauwerk darstellt, zu seinem Teil eben das fördert, was das Nazi-Regime mit völliger Vernichtung bedacht hatte, ist eine Korrektur der Geschichte, für deren Beurteilung mehr Abstand nötig ist als die Zeitspanne, die uns von den Geschehnissen einer noch zu nahen Vergangenheit trennt¹.

8/13) Statistisches aus Israel

Die israelische Bevölkerung ist im Jahre 1955 um 71 000 Personen, das heißt um 4 % der Bevölkerung, auf 1 789 075 Personen angewachsen. Die Großstädte wuchsen um 1,6 %, die Kibbuzim um 2 % an, während der Zuzug in die kleineren aufstrebenden Orte wie Ramat Gan, Askalon oder Beersheva beträchtlich war. In Beersheva betrug der Zuwachs 26 %. 16 % der Bevölkerung wohnt in den Ortschaften mit weniger als 2 000 Einwohnern, 17 % in Siedlungen von 2 000 bis 10 000 Einwohnern und der Rest in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern.

¹ Nach Abschluß dieses Rundbriefs entnehmen wir dem Mitteilungsblatt der europäischen Einwanderer vom 12. 10. 1956 (24/41), daß — laut Nachricht seitens der Israel-Mission in Köln durch eine im Bundesanzeiger am 24. 8. 1956 veröffentlichte Erklärung der Bundesregierung der Staat Israel im Rahmen des Entschädigungsverfahrens so behandelt wird als ob mit ihm diplomatische Beziehungen bestünden.

Die Zahl der männlichen Einwohner überschreitet die der weiblichen Einwohner um 84 500. Wie groß der Männerüberschuß im Heiratsalter ist, kann aus den bisher vorliegenden Zahlen des Statistischen Amtes der Regierung nicht gesehen werden.

(Aus: Israelitisches Wochenblatt 56. [Zürich, 29. 6. 56] 26. S. 40.)

8/14) Die berufliche Schichtung der israelischen Bevölkerung

Kürzlich wurde eine Untersuchung über die berufliche Schichtung der israelischen Bevölkerung veröffentlicht, aus der man entnehmen kann, daß 631 200 Personen, davon 47 500 Nichtjuden, im Arbeitsprozeß stehen. 46,4 % gehören zu den nichtverdienenden Arbeitskräften, also Hausfrauen, Pensionierte und Nichtarbeitsfähige. 29 % der im Wirtschaftsprozess stehenden sind mit Dienstleistungen im Gesundheitsdienst und Erziehungswesen sowie als Beamte beschäftigt. 21 % arbeiten in Industrie und Handwerk, 18 % in Landwirtschaft und Fischerei, 13,9 % im Handel- und Bankwesen und 9 % im Bauwesen und öffentlichen Arbeiten.

(In: Israelitisches Wochenblatt 56 [Zürich, 30. 3. 56] 13. S. 2)

8/15) Israel baut auf

Es gibt heute in Israel 720 landwirtschaftliche Siedlungen, auf denen rund 50 000 Familien ansässig sind. Vierzig Prozent der jüdischen Bevölkerung sind noch keine 19 Jahre alt. Ein Drittel der aus Nordafrika eingewanderten Familien hat mehr als vier Kinder. Die Zahl der Schulkinder im Alter von 5 bis 14 Jahren stieg von 70 000 im Jahre 1948 auf 250 000 im Jahre 1956. Insgesamt 782 000 jüdische Menschen sind seit der Staatsgründung in Israel eingewandert; während die Einwanderung im Jahre 1953 auf 10 000 Personen herabgesunken war, ist sie während der letzten zwölf Monate wieder auf 42 000 gestiegen. Zwischen April 1955 und April dieses Jahres entschlossen sich 2 038 Touristen, die das Land nur kurz besuchen wollten, zum Daueraufenthalt, und 6 612 Personen, die das Land hatten verlassen wollen, widerriefen ihr Auswanderungsgesuch. Über 10 000 Israelis legten sich in dieser Zeit einen hebräischen Namen zu.

(Aus: „Der Zeuge“ [London, Juli 1956] Nr. 16. S. 3)

192 000 Minderheitsangehörige in Israel

Die Zahl der Angehörigen der nationalen und religiösen Minderheiten in Israel betrug am 1. Juni 1956 192 000, von ihnen 27 000 Beduinen. Die Minderheiten geben 18 Zeitungen heraus, davon eine Tageszeitung „El Yom“, zwei Zeitungen erscheinen zweimal in der Woche, acht Wochenzeitungen und sieben Monatsschriften. Die Geburtenziffer der Mohammedaner betrug im Jahre 1955 50 pro 1 000, bei den Drusen 45 und bei den Christen 35. (Die Geburtenziffer der jüdischen Bevölkerung betrug 27 pro 1 000.)

(In: Maccabi 15. [Basel, 27. 7. 56] 30. S. 3)

8/16) Neues arabisches Gesundheitszentrum in Israel

Am 17. Mai 1956 wurde in der arabischen Ortschaft Tira in Israel ein Gesundheitszentrum für sechs arabische Ortschaften der Umgebung mit einer Bevölkerung von 15 000 Seelen eröffnet. An der Einweihungsfeier nahmen u. a. der Gesundheitsminister Barzilai und die arabischen Abgeordneten des Israelischen Parlamentes (Knesset) teil. Der arabische Abgeordnete Saleh Mansour Suweileh erklärte in seiner Ansprache, das Gesundheitszentrum sei eines der bestausgestatteten im Mittelosten. Minister Barzilai kündigte an, daß das israelische Gesundheitsministerium in Kürze ein arabisches Departement zur Betreuung des Gesundheitswesens der arabischen Minderheit einrichten werde.

(In: Maccabi 15. [Basel, 27. 7. 56] 30. S. 3.)

8/17) Bewässerung für arabische Dörfer in Israel

25 junge Araber aus den arabischen Dörfern nahmen im Mai und Juni 1956 an einem sechs Wochen dauernden Kursus für Bewässerungsfragen teil, der vom israelischen Landwirtschaftsminister in Kfar Vitkin veranstaltet wurde. An der Schlußfeier nahmen auch die Eltern der Kursusteilnehmer teil.

(In: Maccabi 15. [Basel, 27. 7. 56] 30. S. 3.)

8/18) Der Negev war immer ein integraler Teil von Israel

Die in den letzten vier Jahren durchgeführten archäologischen Untersuchungen haben gezeigt, daß während der letzten 5000 Jahre der Negev niemals Wüste war, daß es immer einen wichtigen Teil von Erez Israel bildete, sowohl in strategischer wie in wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht, und daß ohne ihn das Königreich Israel nicht bestehen konnte. Dies ist die Ansicht des bekannten Archäologen Dr. Nelson Glück, der nach Israel zurückgekehrt ist, um die fünfte Saison von Untersuchungen im Negev zu beenden. In Zehntausenden von Jahren hat sich das Klima im Negev anscheinend kaum geändert. Es stellte sich nicht nur heraus, daß dieses Gebiet zum Königreich Jehuda gehörte, sondern es wurden Punkte aus der Zeit unseres Erzvaters Abraham entdeckt. „Der Negev war ein integraler Teil der Kulturzone, die sich vom nördlichen Jarmuk bis nach Ägypten erstreckte“, erklärte Prof. Glück.

(Aus: Maccabi, Nr. 32. [Basel, 17. 8. 56])

8/19) Hochzeit im Niemandsland

Eine Israel-Bürgerin christlicher Konfession, die schon lange einen ebenfalls christlichen Jordanier heiraten wollte, fand dazu keine Möglichkeit. Es war fast wie bei den „zwei Königskindern“, bei denen das Wasser viel zu tief war. Schließlich erlaubte Israel, daß Firuz Tabari das Land verlasse, aber die jordanischen Behörden ließen sie nicht ins Land, solange sie nicht verheiratet war. So erwirkte man die Erlaubnis, die Trauung im Niemandsland, nahe dem Mandelbaumtor, von Geistlichen aus der Jerusalemer Altstadt vornehmen zu lassen; israelische und jordanische Grenzpolizei wachten gemeinsam über das Wohl der Ehepartner.

(In: Israelitisches Wochenblatt 56 [Zürich, 27. 9. 56] 39. S. 55)

9. „Gebt dem Volk das Alte Testament zurück“

Von Paul Claudel

Mit freundlicher Erlaubnis der Schriftleitung veröffentlichen wir aus „Die Kultur“ 4/59 (München, März 1956), den folgenden Beitrag:

Man soll dem christlichen Volke das Alte Testament zurückgeben; es gibt keine notwendige und dringen-

dere Aufgabe. Man soll dem christlichen Volke diese Hälfte seiner Erbschaft zurückgeben, die man ihm zu rauben sucht; dieses Land der Verheißung, das immer noch von derselben Milch und demselben Honig fließt — aus dem man es zu vertreiben sucht und das ihm doch gehört. Man soll dem christlichen Volke dieses ragende